

Rainer Dulger, Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), im Gespräch mit Stefan Heinlein

Stefan Heinlein: Am Telefon begrüße ich jetzt Rainer Dulger, Präsident des BDA, der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände. – Guten Morgen, Herr Dulger!

Rainer Dulger: Guten Morgen, Herr Heinlein!

Heinlein: Etwa zwei Stunden haben Sie heute das Ohr des Kanzlers. Wie groß sind Ihre Hoffnungen, dass er Ihnen diesmal zuhört?

Dulger: Zuerst einmal freuen wir uns, dass der Bundeskanzler sich heute die Zeit nimmt, über wirtschaftspolitische Herausforderungen mit uns ins Gespräch zu kommen, und wir haben ja schon vor einem Monat gemeinsam, die Spitzenverbände, in einem Brief unsere Sorgen über den Wirtschaftsstandort zum Ausdruck gebracht, und wir hoffen, dass er für uns heute ein paar Antworten im Gepäck hat.

Heinlein: In diesem Brief haben Sie ja recht deutlich die Ampel und die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung kritisiert. Werden Sie heute noch einmal nachlegen, noch deutlicher werden?

Dulger: Ich glaube, wir haben in unserem Brief viele Maßnahmen aufgelistet, die unserer Meinung nach dazu führen würden, den wirtschaftlichen Aufschwung in diesem Land wieder zu fördern. Es geht mir als Arbeitgeberpräsident dabei vor allem um drei Punkte. Wir müssen Wachstum und Marktwirtschaft wieder an Nummer eins setzen. Es muss auch wieder die Arbeit in diesem Land wertgeschätzt werden und wir müssen auch den Sozialstaat neu aufstellen, vielleicht auch umbauen, dass wir hier wieder mehr Schwung in unsere Wirtschaft bekommen. Eines muss klar sein: Die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland muss wieder in den Mittelpunkt des politischen Handelns rücken.

Heinlein: Sie klingen jetzt sehr moderat, Herr Dulger. Dieses Gespräch heute ist ja vertraulich, hinter verschlossenen Türen. Wird dort hinter verschlossenen Türen dann Klartext geredet, deutlicher vielleicht als anschließend vor den Kameras und Mikrofonen und deutlicher als heute Morgen hier im Interview des Deutschlandfunks?

Dulger: Ich würde jetzt mal das Gespräch abwarten wollen. Wir haben bisher auf unseren Brief noch keine Reaktion. Deswegen hoffen wir, dass der Bundeskanzler heute ein paar Antworten für uns hat.

Heinlein: Sind Sie enttäuscht, dass nach vier Wochen der Kanzler bislang auf Ihren Brief – das war ja ein Brief aller vier Verbände – noch nicht reagiert hat?

Dulger: Ich glaube, dass alle Gespräche, die wir vor den Kameras und auch dahinterführen, das gleiche Ziel haben. Es muss der Wirtschaftsstandort Deutschland wieder wettbewerbsfähiger werden und da gibt es viele Punkte, die wir aufgeführt haben, und es ist klar, dass hier um Lösungen gerungen wird. Deswegen würde ich heute das Gespräch abwarten wollen, um dann zu bewerten, was möglicherweise vorgeschlagene Maßnahmen vom Kanzler bedeuten, wie die zu bewerten sind und so weiter.

Heinlein: Nun haben Sie den Kanzler bereits vor etwa zehn Tagen persönlich getroffen bei einem Symposium anlässlich Ihres 60.

Geburtstages, Herr Dulger. Da gab es recht klare Worte von Olaf Scholz – Volker Finthammer hat es gerade noch mal berichtet -, eine deutliche Warnung vor überzogenen Erwartungen an den Bund. Warum sollte der Kanzler heute, zehn Tage später, diese klare Haltung verändern?

Dulger: Es ist ja nicht so, dass der Kanzler alles von sich gewiesen hat. Er hat auf ein paar Punkte hingewiesen, dass wir zum Beispiel beim Geld nicht so flexibel sein können, wie wir uns das vielleicht wünschen würden. Aber wir sagen auch ganz klar, man kann auch Wachstumspolitik ohne Geld machen, zum Beispiel beim Thema Entbürokratisierung. Die kostet primär erst mal kein Geld. Sondern es geht darum, die Dinge wieder leistungsfähiger zu machen, die Genehmigungsverfahren zu beschleunigen. Ebenso das Abschließen von Handelsabkommen weltweit. Das sind alles Dinge, die primär erst mal kein Geld kosten, aber der Wirtschaft helfen und die Wirtschaft in diesem Land wieder ankurbeln.

Heinlein: Dennoch: Hat die deutsche Wirtschaft insgesamt überzogene Erwartungen an die Politik? So hat es ja Olaf Scholz formuliert, recht deutlich bei Ihrem Geburtstagssymposium.

Dulger: Ich glaube, dass in unseren zehn Punkten klare Linien aufgezeigt sind, wo wir uns Verbesserungen wünschen. Eines ist nicht von der Hand zu weisen: Deutschland hat kein Wachstum mehr, auch im Vergleich mit anderen europäischen Ländern, und wir sind auch in der Wirtschaftskraft unseres Landes zurückgefallen. Alles das sind Dinge, bei denen wir immer vor Augen haben müssen: starke Wirtschaft, starkes Land. Wenn wir ein starkes Land sein wollen, ein starker Sozialstaat, aber auch ein starkes Land in der europäischen Gemeinschaft, ein starkes Land für unsere NATO-Partner, dann muss unsere Wirtschaft brummen. Das ist unser Ziel und darüber wollen wir heute mit dem Kanzler sprechen.

Heinlein: Marcel Fratzscher, der Präsident des DIW – Sie kennen ihn vermutlich -, stärkt dem Kanzler den Rücken. Er kritisiert die „unsägliche Schwarzmalerei deutscher Wirtschaftsbosse“. – Herr Dulger, damit meint er wahrscheinlich auch Sie. – Diese Schwarzmalerei sei falsch und schädlich. – Herr Dulger, reden die Wirtschaftsverbände, redet auch der BDA die Dinge schlechter, als sie in Wahrheit sind?

Dulger: Ich kann mich da gerne noch einmal wiederholen. Wir müssen Wachstum und Wirtschaft auf Nummer eins setzen hier in diesem Land. Da haben wir ja vor zwei Jahren Botschaften an die Regierung gesendet. Nur mit einer starken Wirtschaft gibt es auch ein starkes Land. Ich glaube,

die Politik muss umlenken, um dieses Land stark zu halten, und es muss jetzt endlich gehandelt werden. Die Einsicht, dass etwas zu tun ist, oder die Einsicht, dass die Situation schlecht ist in unserem Land, ist noch kein Handeln. Deswegen steht jetzt, zwei Jahre nach den ursprünglichen Gesprächen mit der Bundesregierung und auch nach den Gesprächen zur Krisenbewältigung, immer noch viel zu wenig auf dem Lieferschein, und deswegen: Jetzt ist Zeit zu handeln und wir brauchen jetzt Maßnahmen.

Heinlein: Erklären Sie mir, Herr Dulger, wie passt das denn aktuell zusammen, dass der DAX fast jeden Tag neue Rekorde feiert, es satte Gewinne gibt für die Aktionäre und die Unternehmen, und Sie dennoch auch heute Morgen hier über, sagen wir, den kranken Mann Europas jammern?

Dulger: Ich glaube, die volkswirtschaftlichen Zahlen, was die Leistungsfähigkeit unseres Wirtschaftsstandorts Deutschland angeht, sprechen eine eindeutige Sprache. Wir sind fast auf den letzten Platz aller europäischen Mitgliedsstaaten zurückgefallen, und das in einer der bisher stärksten Industrienationen der Welt. Deswegen müssen wir doch sehr genau hinsehen, wo wir an welchen Schrauben drehen müssen, dass das wieder besser wird. Deswegen bleibt es bei dem Gesagten. Wir müssen hier in diesem Land wieder einfacher werden, wir müssen schneller

werden, wir müssen Bürokratie abbauen und wir müssen zusehen, dass der Wirtschaftsstandort wieder in Schwung kommt.

Heinlein: Nun ist es ja einfacher, zu klagen und zu fordern, als sich, Herr Dulger, an die eigene Nase zu packen. Wie groß sind denn die Versäumnisse auf Seiten der deutschen Unternehmen? Hat man da auch Fehler gemacht? War man zu langsam, zu unflexibel und hat vielleicht so manche Dinge verschlafen?

Dulger: Ich glaube, dass der Blick in den Rückspiegel uns nicht wirklich weiterbringt, sondern wir müssen nach vorne sehen und hier ganz klar gemeinsam Maßnahmen formulieren, die den Wirtschaftsstandort wieder nach vorne bringen. Das halte ich für wesentlich erfolgstiftender.

Heinlein: Zuletzt haben Sie eine konzertierte Aktion für den Wirtschaftsstandort gefordert. Wie gut sind denn aus Ihrer Sicht die Aussichten, dass hier Bund und Länder, Regierung und Opposition gemeinsam an einem Strang ziehen?

Dulger: Da ist es doch am einfachsten, die Ziele gemeinsam zu formulieren, und dass um die Erreichung dieser Ziele gerungen wird in einer Bundesregierung, ist doch selbstverständlich. Nur für uns in der Industrie ist es wichtig, was steht auf dem Lieferschein drauf, was kommt tatsächlich dabei heraus, und dieses Handeln, die Maßnahmen, dass wir alle erkennen können, die Bundesregierung handelt jetzt, das ist noch zu wenig und darüber wollen wir heute auch mit dem Bundeskanzler noch einmal sprechen.

Heinlein: Sprechen Sie auch über den aktuellen Streit im Vermittlungsausschuss um das sogenannte Wachstums-Chancengesetz? Da hakt es ja gewaltig zwischen Bund und Ländern.

Dulger: Das Wachstums-Chancengesetz würde zwar keine Grundprobleme lösen und wäre nur ein Tropfen auf den heißen Stein, aber es würde ja zumindest ein Anfang sein. Zum Beispiel erlaubt es Unternehmen schnellere Abschreibungen und dementsprechend eine Steuerersparnis. Aber das ist alles noch in einem Rahmen formuliert, wo es noch nicht wirklich praktikabel ist. Das sind homöopathische Dosen, das wird auf jeden Fall aber mal eine Initialzündung sein. Aber die Herausforderungen, vor denen unser Land steht, können nur durch einen

gemeinsamen Kraftakt gelöst werden. Deswegen habe ich auch in der letzten Woche diese konzertierte Aktion von Bund und Ländern gefordert.

Heinlein: Wie groß ist denn Ihre Zuversicht, dass dieser Kraftakt am Ende gelingt? Wie groß ist Ihr Vertrauen in den Kanzler und seine Regierung, dass man jetzt die Dinge tatsächlich im Rest dieser Legislaturperiode anpackt?

Dulger: Es geht hier um Ansichten und, wenn wir alle gut argumentieren, vielleicht auch um Einsichten der politisch Handelnden. Es ist doch erst einmal wichtig, dass wir für Ansichten sorgen, dass dieser Standort ins Hintertreffen geraten ist, dass wir wieder schneller und einfacher werden müssen. Wir haben in unserem Brief der Spitzenverbände zehn Punkte formuliert, die wir für wichtig und umsetzungswürdig halten, und darüber wird zu diskutieren sein. Und vor allem: Es müssen jetzt auch Maßnahmen her. Es muss spürbar etwas geschehen.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.